

1 2. Ordentlicher Bundesfrauenrat 2006
2 Berlin, 28./29. 10. 2006,

3
4
5
6
7 **Beschluss**

Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme

8
9
10
11
12

13 In der Diskussion um die Reform unseres Sozialstaats wird auch in unserer Partei über verschiedene
14 Formen einer Grundsicherung bzw. eines Grundeinkommens diskutiert.

15 Der Bundesfrauenrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt und fördert diese Diskussion
16 innerhalb und außerhalb der Partei.

17 Bei jeder Reform und besonders bei radikalen Systemwechseln, wie z.B. der Idee eines
18 bedingungslosen Grundeinkommens, muss aber im Sinne des Gender Mainstreaming auch nach
19 den geschlechtsspezifischen Auswirkungen dieser Vorhaben gefragt und die Ergebnisse beachtet
20 werden.

21 Die Fragen, die hierbei zu beantworten sind, lauten beispielsweise:

22 Welche Veränderungen würde die Einführung des jeweiligen Systems für Frauen und für das
23 Geschlechterverhältnis bringen?

24 Wirken sich diese Veränderungen zum Vorteil, im Sinne einer wirklichen Gleichstellung der
25 Geschlechter aus?

26 Kann das jeweilige System zur Gleichstellung von Frauen und Männern und zu partnerschaftlicher
27 Arbeitsteilung beitragen?

28 Welche Voraussetzungen müssen dazu zwingend gegeben sein?

29 Die Zukunft der sozialen Sicherung kann langfristig nur garantiert werden, wenn damit eine
30 Verbesserung der sozialen, gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Situation von Frauen
31 verbunden ist. Dazu sind bei jeder Reform folgende Eckpunkte zu beachten:

32 1. Die Ansprüche aus einer Grundsicherung/ einem Grundeinkommen müssen individuell sein,
33 das heißt unabhängig vom Partner- oder Haushaltseinkommen.

34 2. Jedes Modell muss eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen (auch bei der
35 Alterssicherung) zum Ziel haben. Das bedeutet, dass es mittelfristig keine abgeleiteten
36 Ansprüche mehr geben kann.

37 3. Staatliche Infrastruktur für gesellschaftliche Aufgaben (z.B. Kinderbetreuung, Bildung) ist
38 weiterhin bereit zu halten, bzw. auszubauen. Wir sprechen uns für mehr direkte
39 Serviceleistungen anstelle von finanziellen Transferleistungen aus.

- 40 4. Modelle, die den Empfang der Leistungen nicht an die Bedingung von Aufnahme einer
41 Erwerbsarbeit knüpfen, müssen dennoch mit dem Anspruch auf eine individuelle, aktive
42 Arbeitsmarktförderung verbunden sein.
43 Dabei ist die besondere Förderung am Arbeitsmarkt benachteiligter Gruppen (Frauen,
44 Behinderte, Menschen mit Migrationshintergrund etc.) unbedingt zu beachten und deren
45 Diskriminierung entgegenzusteuern.
- 46 5. Fließendere Übergänge zwischen Erwerbsarbeit, ehrenamtlicher Tätigkeit und Fürsorge-,
47 bzw. Familienarbeit sind für Frauen und Männer zu ermöglichen.
- 48 6. Modelle, die dazu beitragen können, dass Pflege- und/oder Betreuungsarbeit zu Lasten der
49 Frauen weiter privatisiert werden, sind nicht geschlechtergerecht und angesichts des
50 demographischen Wandels auch nicht zukunftsfest. Auch hier brauchen wir eine staatlich
51 geförderte Infrastruktur, durch die Betreuung und Pflege so organisiert werden kann, dass
52 sie nicht mit der Aufgabe der Erwerbstätigkeit (v.a. von Frauen) einhergehen muss.
- 53 7. Sozialstaatliche Errungenschaften, wie die gesetzliche Krankenversicherung (die
54 vorzugsweise zu einer Bürgerversicherung ausgebaut werden sollte) und eine aktive
55 Arbeitsmarktförderung dürfen nicht abgeschafft werden – auch nicht zugunsten von
56 höheren Transferzahlungen. Sonst besteht die Gefahr, dass diese Zahlungen sich zu einer
57 „Stillhalteprämie“ bzw. zu einer „Zu-Hause-bleib-Prämie“ für Frauen entwickeln, die sie
58 zwar finanziell in gewisser Weise absichern, ihnen aber die gleichberechtigte Teilhabe an
59 gesellschaftlichen Ressourcen verwehren.
- 60 Die Reform der sozialen Sicherung alleine, gleichgültig ob sie als Grundsicherung oder
61 (bedingungsloses) Grundeinkommen gestaltet ist, wird keine Auflösung der
62 geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung mit sich bringen. Dieses Ziel muss
63 gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleiben, das in allen Politikbereichen verfolgt und umgesetzt
64 wird.
- 65 Im Steuerrecht brauchen wir dringend eine Steuerreform, die das Ehegattensplitting und die
66 Steuerklassen 3 bis 5 endlich abschafft, um der einseitigen Bevorzugung der Alleinverdiener Ehe
67 ein Ende zu setzen.
- 68 Auch in der Renten- und Krankenversicherung brauchen wir einen Wandel hin zu eigenen
69 Ansprüchen. Eine Bürgerversicherung, die neue Einkommensarten einbezieht und die
70 gesellschaftliche Solidarität stärkt, ist hier ein wichtiger Schritt.
- 71 Wir treten dafür ein, dass die Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich auch weiterhin für
72 eine eigenständige Existenzsicherung der Frauen einsetzt. Der Gestaltungsspielraum des
73 Staates muss erhalten und für mehr Geschlechtergerechtigkeit ausgeschöpft werden.